

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, ist durch die Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Breslau, Dienstag, den 4. December 1894.

5. Jahrgang.

Zur Agrarfrage.

Unter dem Titel „Das Erfurter Programm und die Landagitation“ behandelt Genosse Kautsky im letzten Hefte der „Neuen Zeit“ unsere Stellung zur Agrarfrage. Nachdem er sich gegen die Vorwürfe Sedebours vertheidigt hat, schreibt er:

„Unsere Aufgabe ist auf dem Lande zunächst dieselbe, wie in der Stadt: in den Klassenkampf der Proletarier, (ob sie nun noch einen Fetzen Land besitzen oder nicht) fördernd einzutreten durch Organisation, durch Aufklärung über Mittel und Wege und über die Ziele des Kampfes. Das können wir nicht thun, ohne die Ausbeuter gegen uns aufzubringen. Wir können uns nicht Freunde auf dem Lande erwerben, ohne uns auch Feinde zu machen, um so erbittertere Feinde, je praktischer, das heißt je erfolgreicher unsere Landagitation ist.“

Hier liegt die Hauptschwierigkeit der Landagitation. Nicht in Neugierlichkeiten, nicht darin, daß manche unserer Genossen es noch nicht genügen dem Bauer abgeguckt haben, wie er sich räuspert und wie er spuckt, sondern darin, daß jene Klassen auf dem Lande, an die wir uns zu wenden brauchen, jene, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten und denen wir daher den Socialismus keineswegs in homöopathischen (das heißt arg verwässerten) Dosen zu reichen haben, daß jene Klassen die abhängigsten, gedrücktesten, in jeder Weise unselbständigsten Elemente der Bevölkerung sind. Dagegen gehören ihre Ausbeuter, die großen wie die kleinen, zu den trotzigsten und rücksichtslosesten Volksschichten im Lande. Und so muß unsere Landagitation vielfach dahin führen, uns neben schwachen Freunden, die sich nicht hervorwagen dürfen, kraftvolle und höchst

lärmende Feinde zu erwerben. An manchen Orten werden wir unsere Erfolge in der Landagitation zunächst nicht an der Zunahme unserer offenen Anhänger, sondern an der wachsenden Erbitterung der ländlichen Proleten gegen uns zu messen haben. Wir nur nach Augenblickserfolge verlangt, mag daher die reinproletarische Art der Landagitation höchst unpraktisch finden; bequemer ist es jedenfalls, unser Programm in die Tasche zu stecken, die Lohnarbeiter der Mittel- und Großbauern ihrem Schicksal zu überlassen und für diese „als Steuerzahler, Schulner und Landwirthe“ „Bauernschutz und Staatshilfe“ zu verlangen. Und dazu bedarf es allerdings einer gründlichen Umwälzung unseres Programms und unserer Taktik. Aber bleiben wir dann noch die Partei des proletarischen Klassenkampfes? —

Aber selbst die Augenblickserfolge dieser neuen Taktik wären höchst prekärer Natur; es würde uns so gehen, wie jenem französischen Soldaten im russischen Feldzug, der ausrief: „Hurrah, ich habe einen Kosaken gefangen — au weh, er läßt mich nicht los.“

Wir würden die Gefangenen der Bauern werden, ohne festen Fuß unter ihnen zu fassen. Heute schon scheitern manche unserer Genossen bei jeder Action nach den Bauern: Was werden die dazu sagen? Noch haben wir nicht bäuerliche Parteigenossen in erheblicher Anzahl und bereits beginnen die Bauern unsere Taktik und unser Programm zu beeinflussen. Haben unsere bayerischen Abgeordneten nicht aus Rücksicht auf die Bauern für das Budget gestimmt? Und hat dieselbe Rücksicht nicht dahin geführt, daß die Vollmar-Schoenlank'sche Resolution über die Agrarfrage sich so vorsichtig ausdrückt, daß sie die Forderung fallen läßt, Grund und Boden solle das Eigenthum der Gesellschaft

werden und nur verlangt, daß Grund und Boden „den Producenten zurückgegeben werde, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Capitals das Land bestellen?“

Diese Forderung können auch jene radikalen bürgerlichen Demokraten unterschreiben, die fordern, der Großgrundbesitz solle parzellirt und an Landarbeiter vertheilt werden. So vieldeutig jedoch jener Satz der Agrarresolution auch sein mag, eines bedeutet er sicher nicht: die Bergesellschaftung des Grund und Bodens. Denn er beschränkt den Kreis der Producenten, denen der Grund und Boden zurückgegeben werden soll, auf die Lohnarbeiter und Kleinbauern, die das Land bestellen. Hier taucht also die alte, längst überwundene Forderung wieder auf: das Land den Landarbeitern, woran sich consequent die Forderung schließt: Die Mine den Grubenarbeitern, die Fabrik den Fabrikarbeitern.

Für diesen argen theoretischen Rückschritt ist nur ein Grund ersichtlich: die Rücksicht auf die Bauern. Noch haben wir sie nicht gepackt, aber sie haben bereits uns!

Und warum dies Alles? Haben unsere theoretischen Grundlagen, unsere Taktik sich nicht als ausreichend erwiesen?

Ich denke sie haben sich glänzend bewährt, nie glänzender als in den letzten vier Jahren. Warum sie aufgeben, warum die alten Agitationshefte verbrennen, die so viel erreicht haben, warum in nervöser Hast nach einer neuen Taktik und nach einem neuen Programm suchen? Und gerade jetzt, angesichts der Umsturzvorlage, scheint uns der ungünstigste Zeitpunkt, uns von den alten erprobten Grundlagen abzuwenden. Im Angesichts des Feindes verändert man nicht ohne zwin-

Das Drama von Melbourne.

Roman von F. W. Harme. Deutsch von A. Geißel

47]

Nachdruck verboten

Ich theilte dies Weiß mit, heißt es in der „Reichie“ weiter, und erklärte mich zu jedem Geldopfer bereit, aber er wollte auf nichts eingehen. An dem Abend, da er seinen Tod fand, war er hier bei mir, um mir das Heirathscertificat, welches Rosanna ihm anvertraut, zu zeigen und mir zugleich zu erklären, wenn er Magdas Hand nicht erhalte, werde er die Angelegenheit veröffentlichen. Er gebe mir zwei Tage Bedenkzeit, nach Verlauf dieser Frist sei er entweder Magdas Verlobter, oder Melbourne werde durch die Presse erfahren, daß die einzige Tochter des Volkönigs ein Dastard sei!

Ich blieb in verzweifelter Stimmung zurück, und unter dem Eindruck derselben beschloß ich, mich um jeden Preis in den Besitz des wichtigen Documents zu setzen.

Ich fuhr zur Stadt und sah dort Weiß in Gesellschaft Roger Morelands in das Restaurant in der Ruffelstraße treten. Ich patrouillirte in der Straße auf und ab und als Weiß kurz nach zwölf Uhr wieder aus dem Hause trat, sah ich, daß er schwer betrunken war, denn er schwankte hin und her.

Ich folgte Weiß bis zur Schottenkirche; am Laternenpfahl strauchelte er, und schon hoffte ich, ihm, wenn er betrunken am Boden lag, das Document entwenden zu können, als ein Herr im hellen Ueberzieher,

ich erkannte Fitzgerald nicht, des Weges kam und den Betrunkenen in eine Droschke schaffte.

Jetzt gab ich Alles verloren, und nach St. Kilba zurückkehrend, erwartete ich in furchtbarer Aufregung, daß Weiß seine Drohung zur Ausführung bringen werde. Aber die zwei Tage und zwei weitere verstrichen, ohne daß Weiß von sich hätte hören lassen; dann ward es bekannt, daß Weiß in einer Droschke todt gefunden worden, und nun schwebte ich in beständiger Furcht, daß das Heirathscertificat gefunden und veröffentlicht werden würde. Aber nichts dergleichen geschah; daß der Mörder mir das Document früher oder später vorlegen und Geld auf dasselbe erheben werde, hatte ich mit Sicherheit erwartet, und es befremdete mich, daß diese Berechnung mich betrog. Inzwischen war Fitzgerald verhaftet und wieder freigelassen worden, der Mörder ließ nichts von sich hören, und so begann ich aufzuathmen und zu hoffen, Weiß habe das Document in der Trunkenheit verloren oder gar vernichtet.

Und dann sollten sich meine Befürchtungen doch bewahrheiten; vor nunmehr zwei Tagen erzählte Roger Moreland und legte mir das Heirathscertificat vor! Er theilte mir mit, es sei verkäuflich, und werde er es mir gegen den Betrag von 5000 Pfund Sterling überlassen.

Ich war sofort entschlossen, seine Forderung zu erfüllen; bevor ich ihm indeß einen Scheck in der genannten Höhe ausfüllte, sagte ich ihm auf den Kopf zu, er habe Weiß ermordet! Er erschrak und wollte leugnen, aber dann sagte er höhnend, ich könne ihn ja doch

nicht denunciren, und so wollte er sich nicht länger zieren — er sei der Mörder! . . . Vor die Wahl gestellt, entweder meine Tochter als illegitim gebrandmarkt zu sehen, oder einen Mörder der verdienten Strafe zu entziehen, entschied ich mich für das Letztere. Gott verzeihe mir's wenn ich Unrecht gethan! Moreland den Scheck ausfolgend, ließ ich ihn schwören, Australien zu verlassen, was er willig versprach, und dann entfernte er sich! Als er fort war gerieth ich in Versuchung, Selbstmord zu begehen, aber ich überwand diese Neigung, ich will nicht eine neue Sünde auf mein Gewissen laden. Ich faßte dann den Entschluß, die vorstehenden Aufzeichnungen zu machen, damit nach meinem Tode vielleicht nochmals ein Unschuldiger des Mordes an Weiß bezichtigt wird. Zur Verhütung dessen vernachte ich auch das Document nicht, wie ich es am liebsten gethan: ich werde es diesen Zeilen beifügen als Beweis für die Wahrheit meiner Aussage. Meine arme Magda möge mir vergeben, Gott weiß, wie gern ich das Schweske ertragen hätte, um ihr die Schande zu ersparen, aber das Schicksal war mächtiger als ich!

„Markus Freely.“

30. Capitel.

Als Salton tieferstütert das Schriftstück aus der Hand legte, sagte Allan leise:

„Gottlob, so ist er doch kein Mörder gewesen; jetzt kann ich wieder aufathmen!“

„Ich habe ihn nie für schuldig gehalten,“ sagte Chinton ernst.

geben Grund die Angriffsoppositionen, die man einmal eingenommen.

Die große Schwierigkeit für unsere Partei ist heute nicht die übermäßige Langsamkeit, sondern die Schnelligkeit ihres Wachstums. Seit 1890 sind uns massenhaft neue Elemente zugeströmt, daß die alten Genossen gar nicht ausreichen, sie zu bilden und aufzuklären, umsoweniger, als auch die praktischen Aufgaben enorm wachsen und die geschulten Kräfte absorbieren. Woran wir Mangel leiden, sind nicht Anhänger, sondern klare, durchgebildete Parteigenossen. Deren Zahl wird relativ immer geringer. Diesem Mangel abzuhelfen, ist heute eine unserer wichtigsten, vielleicht die wichtigste unserer nächsten Aufgaben. Ihre Lösung wird nicht gefördert durch die Anlockung von Elementen, die von unseren letzten Zielen nichts wissen wollen, und durch die Politik der homöopathischen Dosen.

Eine Darstellung des Streiks von einem Bürgerlichen.

Wir finden in der preisgekrönten Schrift E. Gurons folgende interessante Ausführungen, die wir in der Uebersetzung von Dr. E. Hamening hier wiedergeben:

Wenn der Arbeiter seine Leiden darlegt, die Streiffragen erörtert, Änderungen erbeten, seine Wünsche formuliert hat, wenn er gegen Mißbräuche protestiert und friedliche Rassenkundgebungen veranstaltet hat, damit ihm Genüge geschehe, wenn er dann sieht, daß man ihm nicht Gehör giebt — welches Mittel kann er da noch anwenden, um sich verstanden zu wissen?

Zunächst noch eins: die Arbeitseinstellung, den Streik.

Aber wenn er dabei Ruhe hält, wenn er sich darauf beschränkt, die Feiertage mit Spazierengehen hinzubringen und in freundschaftlichen Gesprächen mit seinen Unglücksgefährten, so schenkt man dem Vorgange keine Beachtung.

„Ein Streik, aber Alles ist ruhig“, so melden die Telegramme der Tagesblätter.

Und wenn noch hinzugefügt wird: „Die Regierung hat sofort das soundsovielte Regiment zur Aufrechterhaltung der Ordnung an den Platz des Ausstandes beordert“, so fällt der kassentrinkende Bürger seine Zeitung zu und läßt weiter „Gott einen guten Mann“ sein.

Der Arbeitsherr kann warten, er kann andere Arbeiter nehmen, er kann sogar oft vollkommene Einrichtungen treffen, die eine gewisse Zahl von Arbeitern überflüssig machen. Durch Einstellung neuer Maschinen findet er schließlich seinen Vortheil im Streik.

Aber nicht nur das: der Arbeitgeber hat auch das Interesse der behördlichen Organe auf seiner Seite. Die behördlichen Organe bestehen ja nur aus Personen, die, wie der Arbeitsherr, den besitzenden Klassen angehören; sie sind Beamte der Bourgeoisie, nicht der arbeitenden Bevölkerung.

Die Arbeiter, die nichts verdienen, deren Frauen und Kinder aber nach Brod schreien, haben auf das

Mitgefühl der billig Denkenden gerechnet. Sie müssen, um ihren friedlichen Ausstand durchzusetzen, Unterhalt haben, müssen Selbstmittel sammeln. Die Organe des Bürgerthums verbieten „aus Rücksichten des öffentlichen Wohls“ bei Strafe jede Veranstaltung von Sammlungen.

Die Noth wächst. Die Arbeitgeber gehen ihrerseits mit Vergrößerung der Noth vor. Sie sperren Arbeiter, die auch um schlechteren Lohn zu arbeiten geneigt sind, von der Arbeit aus.

Zwar hob die Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich alle Verbote und Strafbestimmungen gegen die Arbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit, auf und stellte nur unter Strafe, wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verweigerung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder zu verhindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten.

Allein wie stellt sich die Wirklichkeit? Um Verabredungen und Vereinigungen wegen Einstellung der Arbeit aufrecht zu erhalten, können die Arbeiter einer gewissen gegenseitigen moralischen Einwirkung, einer Controlle entschieden nicht entbehren. Sie wissen, daß viele unter ihnen leicht geneigt sind, faulenflüchtig zu werden, sobald die durch den Streik herbeigeführte Entbehrung hart wird. Es erscheint ganz natürlich, daß sie sich zusammenfinden, zusammen gehen, zusammen stehen, daß sie an den Eingängen der Fabriken beobachten, ob Jemand aus ihrer Klasse auf sein Ich mehr als auf die Interessen der Gesamtheit bedacht, heimlich die Arbeit fortsetze.

Da erscheint kraft der bürgerlichen Polizeiverordnung eine Verordnung, die alles unbefugte Stehenbleiben, Hin- und Hergehen und sonstiges zweckloses Verweilen auf den an dieselben anrenzenden öffentlichen Grundstücken, insbesondere in der Nähe der Fabriken und der Zugänge zu denselben, namentlich in den Stunden vor Beginn und Ende der Thätigkeit in den Fabriken unterjagt.

Die Polizei wacht über die Interessen des Bürgerthums, denn sie ist seine Polizei, nicht die der Arbeiter.

So läuft ein Streik wie der andere zu Ungunsten der Arbeiter aus. Er entspricht also keineswegs den Zwecken des Arbeiters und der Herzog von Uriel, der Stadthalter des belgischen Hennean, traf den Kern der Sache mit seinen Worten: „Die Arbeiter haben kein anderes Recht als das der Arbeitseinstellung und eine Arbeitseinstellung ohne Urachen ist für sie sozusagen ein Unsin.“

So lange die Arbeiterproteste sich auf Versammlungen, auf Zeitungsartikel und Petitionen, auf friedliche Aufzüge und Streiks beschränken, finden sie kein Gehör. „Das geht vorüber.“

Wie lange hat man am Geiste der Menschheit gesündigt! Die Regierungen hatten andere Sorgen, als sich um das Wohl der Schwächeren zu kümmern. Die Parteien im Reiche stritten um die wichtige Frage, ob

conservativ, ob liberal, ob ultramontan, und wenn conservativ, ob deutsch- oder freiconservativ oder reichsparteilich, wenn liberal, ob nationalliberal oder sectionaristisch oder fortschrittlich oder demokratisch oder volksparteilich u. s. w.“

Wir haben dieser Darstellung nichts hinzuzusetzen. Angesichts der hier geschilderten Zustände wollen wir noch bemerken, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn viele Streiks verloren gehen, sondern, daß man sich wundern muß, daß trotzdem noch sehr viele Streiks gewonnen werden.

Dies wird aber auch in Zukunft in dem Maße immermehr der Fall werden, indem die Arbeiter mit allen den Hi demüssen von vornherein rechnen, die der Streiks im Wege stehen.

Also Organisation und Aufklärung darf nicht vergessen werden!

Politische Rundschau. Deutschland.

— Ein neuer agrarischer Rettungsplan. In der „Deutschen Wochenschrift“ macht der Vörsenfachmann der Agrarier, Herr Camp einen neuen Vorschlag, um seinen „notleidenden“ Freunden das Dasein zu erleichtern. Er wünscht, daß — Staatsmühlen errichtet werden. Der Staat soll zunächst in den östlichen Provinzen, unter Benützung der in denselben zahlreich vorhandenen Wasserkräfte eine größere Anzahl von Mühlen errichten, welche die Aufgabe haben, die in diesen Provinzen über den localen Bedarf hinaus vorhandenen Getreidemengen zu verarbeiten und die daraus gewonnenen Mühlenprocente nach dem Auslande auszuführen. Diese Mühlen sollen den einheimischen Procenten für das Getreide diejenigen Preise bezahlen, welche sich aus der Verwerthung der Mühlenfabrikate nach Deckung der Betriebskosten und unter Berücksichtigung einer etwa 3procentigen Verzinsung des Anlagecapitals ergeben. Nach seinem Plane würden vorläufig in den östlichen Provinzen 8 bis 10 Mühlen zu errichten sein, von denen jede etwa 15 000 Tonnen Getreide jährlich verarbeiten könnte. Herr Camp veripriat sich von der Ausführung dieses Planes hauptsächlich, daß durch Ersparnis an Transportkosten und Ausnutzung aller Theile des Großbetriebes diese staatlichen Mühlen den Landwirthen in den östlichen Provinzen ihr Getreide mindestens mit durchschnittlich 15 Mark per Tonne höher werden bezahlen können, ohne daß der Staat irgend welche erheblichen finanziellen Opfer zu bringen brauche; in weiter Folge würde auch der Preisstand des Getreides allgemein in diesen Provinzen um den angegebenen Betrag gehoben werden.

Wirklich ein findiger Kopf, der Geheimrath Camp.

— Zur Reorganisation des officiösen Pressewesens. Ein amtliches officiöses Centralorgan soll gegründet werden und die Minister und Vorsteher der anderen Centralstellen sollen gehalten sein, durch dieses Organ ihre Mittheilungen in das Publikum gelangen zu lassen, damit nicht wie er, wie vor kurzem, ein Kampf zwischen den verschiedenen Ministerien aus-

brachen zu rück. „Wir haben Glück“, rief er hastig. „Moreland ist auf halb fünf Uhr beiseit, ich habe den Herren von der Bank das Nothige mitgetheilt, und wenn er vorpricht, wollen sie ihn unter dem Vorgeben der Chiffre müsse, da Herr Fretty gestorben sei, vor einem der Testamentsexecutoren unterschrieben werden, in Begleitung eines Commis hierher auf mein Bureau schicken.“

„In der That, das trifft sich prächtig; wenn er nur kommt?“ meinte Chynston.

„Beschuldigte er nicht kommen; er ahnt ja nicht, daß wir sein Geheimniß kennen“, sagte Kiffig; „horch, da ist er schon“, legte er hastig hinzu, als jetzt die Vorzimmerthür geöffnet wurde. „Vorwärts, meine Herren.“

In der That meldete Caltons Schreiber, es seien zwei Herren von der Bank dranken; der Advokat befahl, dieselben herinzuführen, und gleich darauf erschienen Moreland in Begleitung eines Bankbediensteten. Kiffig und Figgerald standen im Hintergrund des Zimmers, so daß Moreland sie nicht sofort bemerkte, während Chynston am Tisch stand und in einem Buch blätterte und Calton anscheinend eifrig schreibend an seinem Bulte saß.

„Womit kann ich dienen?“ fragte Calton aufblidend.

„Der Herr hier war wegen eines Checks, den der verstorbene Herr Fretty ausgestellt hat, auf der Bank“, sagte der Bankbedienstete, „und der Kassirer läßt Sie bitten, den Check freundlichst unterschreiben zu wollen, Herr Calton.“

(Fortsetzung folgt.)

„Wenn Sie gleich mir die Existenz dieses ungeliebten Documents gefannt hätten, wären Sie vermutlich zu demselben Schicksal gekommen wie ich“, warf der junge Jrländer ein, und Chynston mußte ihm beipflichten.

„Und ich habe Recht gehabt“, rief Kiffig triumphierend: „Moreland ist der Mörder!“

„Ja“, rief Calton; „ich hätte es nicht geglaubt, aber was soll nun werden?“

„Gut, ich arreire Moreland“, sagte der Detective gelassen.

„In der That, es wird sich nichts anderes machen lassen“, sagte der Advokat trübe; „die arme Magda!“

„Ja, es thut mir selbst leid für die arme junge Dame“, gab Kiffig zu; „aber wenn das Gesetz mit der Sentimentalität in Conflict geräth, muß die letztere unterliegen.“

„Aber das bedarf ja gar keiner weiteren Erörterungen“, sagte Figgerald erregt; „haben Sie Ihre Pflicht und fassen Sie Moreland, bevor er entwischt.“

„Und wenn er festgenommen ist, wird er Alles anplaudern“, rief Calton zornig, „o, es ist eine verfluchte Welt!“

„Sagen Sie ihn immerhin plaudern“, rief Allan hastig; „sobald Magda hergestellt ist, verlassen wir Australien für immer und dann —“

„Aber bedenken Sie doch —“

„Hier ist nichts zu bedenken“, sagte Allan hastig; „es geht die Sache abgesehen ist, um so besser wird's für Magda und mich sein.“

„Sie haben Recht“, rief Chynston, „ein rascher

Saniti ist oft weniger schmerzhaft, als das allwähliche Loslösen einer wunden Stelle. Wenn nur Moreland überhaupt noch hier in Melbourne ist?“ wandte er sich rasch an den Detective.

„Das ist er“, bestätigte Kiffig, „und zwar so ziemlich gegen seinen Willen. Ich lasse ihn schon seit Wochen bewachen, und so erfuhr ich, daß er gestern Nachmittag den Versuch gemacht hat, den Fretty'schen Check zu verfälschern; inzwischen ist Herr Fretty gestorben, und in Folge dessen verzögerte sich die Honorirung der Anweisung. Wäre dies nicht der Fall gewesen, dann hätten wir vermutlich das Nachsehen“, schloß der Detective gleichmüthig.

„Aber Moreland wird Alles dran setzen, seinen Zweck zu erreichen“, warf Chynston ein; „sollte man nicht lieber die Bank in Kenntniß setzen?“

„Das kann nichts schaden“, fiel Calton dem Arzt ins Wort; „am besten wird's aber sein, man wirft einen Haftbefehl aus und nimmt ihn auf der Bank fest, wenn er sich nochmals dorthin begiebt.“

„Den Haftbefehl habe ich bereits in der Tasche“, sagte Kiffig ruhig; „als ich auf der Polizei erklärte, wo ich diesen Knack gefunden, und die Herren an Morelands Anwesenheit im Zeugenaussagen erinnerte, machten sie keine Schwierigkeiten, mir einen Haftbefehl auszufertigen.“

Calton erhob sich. „Ich werde sofort zur Bank hinzubegleichen“, sagte er, „und die nöthigen Anordnungen treffen; es ist jetzt 4 Uhr vorüber, und da die Bank um 5 Uhr geschlossen wird, mag ich mich beeilen.“

Er entfernte sich und schaute nach kaum zehn

brechen könne. Dieser Plan, so bemerkt der „Vorwärts“, ist so utopisch, wie der des Grafen Caprivi war, der bei Antritt des Reichskanzleramts versprach, nur den „Reichs-Anzeiger“ zu officiösen Mittheilungen zu verwenden. Den Miquel und Kollegen werden jederzeit reactionäre Blätter gerne ihre Spalten öffnen und dieselben werden auch, wenn das amtliche officiöse Centralorgan zu Stande kommt, nach wie vor zu officiösen Mittheilungen benutzt werden. Die officiösen Pressebereiten hören erst mit dem Falle des gegenwärtigen Systems auf.

— **Von der Tabaksteuer-Vorlage.** „Unseres Wissens“, schreibt die „Deutsche Tabak-Zeitung“, wird noch an derselben und an den Motiven gearbeitet und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch einmal der Versuch gemacht wird, Sachverständige aus der Tabakbranche über einige Einzelheiten zu hören. Unter solchen Umständen ist die Einbringung der Vorlagen im Reichstage nicht mehr vor den Weihnachtsferien zu erwarten.“ Der Reichstag würde sich darüber nicht gerade aufregen. Am besten wäre es freilich, wenn die Vorlage überhaupt nicht zu erwarten wäre.

Das Centrum wird nach dem „Westf. Merkur“ bezüglich der Tabaksteuer mit sich reden lassen, wenn „einerseits die Nothwendigkeit dieser neuen Einnahme, und zwar auf die Dauer nachgewiesen ist und andererseits die schlimmen wirtschaftlichen und socialen Folgen der früheren Vorlage ausgefallen bleiben.“

Die Nothwendigkeit dieser neuen Einnahme ist aber nicht vorhanden und kann also nur Demjenigen nachgewiesen werden, der sich unter allen Umständen von dieser „Nothwendigkeit“ überzeugen lassen will.

— **Ausdehnung des Dreiklassen-Wahlsystems.** Der hessische Provinzial-Landtag beschloß, ebenso wie vorher bei der Städte-Ordnung, für die Landgemeinde-Ordnung das Dreiklassen-Wahl system.

— **Eine Erweiterung des Majestätsbeleidigungs-Begriffes.** Wie bereits früher mitgeteilt, hatte das Reichsgericht in einem Falle in Uebereinstimmung mit der Strafkammer den wegen Majestätsbeleidigung zur Untersuchung gezogenen Angeklagten, der bei einem auf den Kaiser ausgebrachten Hoch sich von seinem Sitze nicht erheben hatte, freigesprochen. Ueber die Beurtheilung ähnlicher Fälle hat das Reichsgericht nach Mittheilung der „Juristischen Wochenschr.“ neuerdings folgende Grundsätze aufgestellt:

„Die Beleidigung eines Monarchen kann darin enthalten sein, daß einer üblichen, von der Mehrzahl der Staatsangehörigen als schuldige Erfurchtsbezeugung betrachteten Huldbildung mit einem Protest oder sonst störend entgegengetreten wird. Eine derartige Huldbildung liegt aber vor, wenn Wahlversammlungen oder sonstige politische Versammlungen der monarchisch gestimmten Parteien mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet werden. Als ein Protest oder als eine Störung kann es aber ferner betrachtet werden, wenn Einzelne gleichzeitig und ungerufen ein Hoch in anderer Richtung ausbringen. Ob in einem solchen Gebahren — je nach Lage des einzelnen Falles — eine Beleidigung zu finden, ist Sache der tatsächlichen Würdigung des ersten Richters. Die in dieser Beziehung getroffenen Feststellungen erster Instanz sind mittelst Revision nicht anfechtbar.“

Diese Grundsätze können zu geradezu ungeheuerlichen Consequenzen führen.

— **Mandats Niederlegung.** Das Gembe ist dem antisemitischen Abgeordneten Dr. König doch näher, als der Hoch. Der Reichstags-Abgeordnete Dr. König, der auch gleichzeitig Knappschaffs-Arzt in Witten ist, hatte eine Mittheilung vom Knappschaffs-Vorstand bekommen, daß er als Reichstags-Abgeordneter die Interessen eines Knappschaffs-Arztes nicht wahrnehmen könne. Dr. König erklärte daraufhin, der „Kölnischen Volks-Zeitung“ zufolge, daß er sein Mandat als Reichstags-Abgeordneter demnächst niederlegen werde.

— **Stärke der Reichstags-Parteien.** In die neue Reichstagstagung werden die Fractionen in nachstehender Stärke eintreten: 62 Deutsch-Conservative (v. Levetzow mitgerechnet), 28 Reichsparteiler, 15 deutsch-social Reformpartei, 100 Centrum, 15 Polen, 52 Nationalliberale, 14 freisinnige Vereinigung (Dr. Bachnick als Hospitant beigetreten), 23 freisinnige Volkspartei, 11 süddeutsche Volkspartei, 46 Socialdemokraten, 26 bei keiner Fraction.

— **Ueber den neuen Postzeitungstarif** sind, wie in der Vorstandssitzung des deutschen Verlegervereins in Berlin am Donnerstag nach eingezogenen Erkundigungen mitgeteilt wurde, die Beratungen der beteiligten Behörden noch so wenig vorgeschritten, daß die Einbringung dieser Gesetzesvorlage in der Reichstagstagung 1894/95 nicht möglich sein werde. Auch die „Köln. Zeitung“ theilt mit, daß der vom Reichspostamt ausgearbeitete Entwurf zur Aenderung des Gebührentarifs für die Zeitungserfindung bei den übrigen amtlichen Instanzen auf solche Bedenken und Weiterungen gestoßen ist, daß seine Erledigung in der bevorstehenden Reichstagstagung schon jetzt als ausgeschlossen gelten kann.

Herr Stephan dürfte mit dem Entwurf überhaupt sehr wenig Glück haben.

— **Die Zolleinnahmen des Deutsch-Ostafrikanischen Gebietes** betruen im September 1894 82,137 Rupien gegen 62,665 Rupien im September 1893. Die Einnahme bis einschließlich September 1894 betrug 851,833 Rupien gegen 515,253 im Vorjahre.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— **Mit einem Trunkfachtgesetz** wird Oesterreich demnächst beglückt werden, da die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses mit Gewißheit darauf schließen lassen, daß die betreffende Vorlage Gesetz wird. Am Montag wurde in der Specialdebatte über das Trunkfachtgesetz der Artag Goetz auf Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß in namentlicher Abstimmung mit 101 gegen 77 Stimmen abgelehnt. Die Paragraphen 1 und 2 wurden sodann in der Fassung des Ausschusses angenommen, § 2 mit einem Zusatzantrage Polzhofer, laut welchem in Verkaufsläden für geistige Getränke auch Thee und Sodawasser verkauft werden darf. Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen.

Schweiz.

— **Zürich.** Wie der „De v. Volksztg.“ geschrieben wird, hat das schweizerische Militärdepartement Professor Rinkelin an der Universität Basel beauftragt, den Entwurf eines Militärversicherungsgesetzes auszuarbeiten, der im engen Anschluß an das bereits fertiggestellte bürgerliche Kranken- und Unfallversicherungsgesetz stehen soll.

— **Eine nachahmenswerthe Einrichtung** hat Luzern geschaffen: nämlich die unentgeltliche Beerdigung in dem weiten Sinne, daß die Stadt Sarg und Grabstelle zu liefern, die Leiche abzuholen und das Auf- und Zuschütten des Grabes zu besorgen hat.

— **Bern, 30. Nov.** Der Bundesrath hat den vom Eisenbahndepartement vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Eisenbahn-Gesellschaften im Wesentlichen genehmigt. Er wird denselben nunmehr der Bundesversammlung unterbreiten.

Italien.

— **Große Entrüstung** hat im Lande die von der „Opinioni“ gebrachte Meldung hervorgerufen, daß der Proceß im Banca-Romana Scandal in Folge von Unterdrückung gewisser Documente wegen ungenügender Beweise gegen die Angeklagten nicht stattfinden werde. Die radical. Presse fordert Giolitti auf, in der Kammer Enthüllungen zu geben, und insbesondere die von seinen Organen gebrachten Mittheilungen betreffs höherer Einflüsse genau zu kennzeichnen.

— **Aus Mailand** wird dem „Vorwärts“ von seinem Correspondenten geschrieben:

Gestern Sonntag fand die zweite große öffentliche Versammlung des Bundes zur Vertheidigung der Freiheit in dem großen Saale des berühmten Scala-theaters in Mailand statt. Sie war noch zahlreicher besucht als die erste. Die Abgeordneten Mussi (Mailand), Merloni, Rampolli und Prampolini, alle bekannten Socialistenführer Mailands und der Lombardei, darunter Turati, Longi, Zavattari, waren anwesend. Von stürmischem Verlauf begrüßt erschien Andrea Costa, den die Versammlung einstimmig zum Präsidenten wählte. Von Cav. Iotti aus Rom wurde eine anfeuernde Depesche verlesen.

Die Liga, der Bund zur Vertheidigung der Freiheit, zählt gegenwärtig 320 Sectionen in ganz Italien mit ungefähr 200,000 erklärten Anhängern.

Die größte Wirkung erregte in der Versammlung die Rede des Socialisten Lazzari, der die anwesenden Abgeordneten direct aufforderte, in der in wenigen Tagen zu eröffnenden Kammer die Verbrecher in der Regierung für ihre Schandthaten zur Rechenschaft zu ziehen. Mussi, Mitglied der radicalen Linken, ant-

wortete dem Redner und gab das Versprechen in seinem und aller nicht christlichen Mitglieder Namen, er werde seine Pflicht thun, und die eindrucksvolle Stimme der heutigen Versammlung werde ihre Wirkung nicht verfehlen. Es sprachen sodann der Arbeiter Zavattari (Präsident der ersten Versammlung) und Prampolini, der Präsident Andrea Costa erinnerte daran, daß die Versammlung zeige, daß der Gedanke doch in so vielen Tausenden lebendig sei, wie die Befreier Italiens vor dreißig Jahren nicht deshalb ihr Blut vergossen haben, um das heutige Hossenspiel eines wahnsinnig gewordenen Willkür- und Corruptions-Regiments zu ertragen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Tagesordnung an:

Die dem Bunde angehörenden Abgeordneten haben sofort bei Eröffnung der Kammer zwei Gesetzesvorschläge einzubringen: Erstens auf Abschaffung der durch öffentliche Lüge erschlichenen und mit Wortbruch gegen alle Gerechtigkeit angewendeten Ausnahmengesetze. Zweitens Forderung einer Amnestie auf weitester Grundlage für die durch die Ausnahmengesetze und Kriegsgerichte Verurtheilten. Die Abgeordneten haben alle Abstimmungen über politische und Finanzmaßregeln jeder Art zu verweigern, bis über diese beiden Forderungen entschieden ist. Drittens, die dem Bunde angehörenden Abgeordneten haben vor allen anderen die Pflicht, neue Sectionen des Bundes zu errichten und die bedrohten elementaren Freiheiten mit aller Energie zu schützen, um Italien vor der Schmach zu bewahren, in seiner Entwicklung hinter allen Ländern Europa's zurückzustehen.

Zum Schluß erwähnte Costa, daß die Vertreter des Landes nichts seien und nichts können, wenn nicht die Massen hinter ihnen stünden, die aus ihrer Erstarrung aufzurütteln das Ziel und die Hauptaufgabe des Bundes sei. Welcher Haß und wilde Verzweiflung über die immer drückender werdenden Steuern — 40 Millionen neuer Steuern will der Finanzminister der Kammer vorlegen — in der gebeugten Bevölkerung herrscht, davon giebt eine Nachricht Kunde, die soeben der Telegraph meldet. In Liguria, in der Ortsgemeinde Camogli an der Riviera, 30 Kilometer von Genua entfernt, hat soeben ein Volksaufstand stattgefunden, der an die Verzweiflungsausbrüche in Sicilien erinnert. Die Gemeinde Camogli, die 10,000 Seelen zählt, war von dem neuen Präecten gezwungen worden, ein Dorf Rusa von 1000 armen Landarbeitern und Kleinbauern, die bisher von der Consumsteuer der Gemeinde befreit gewesen waren, in die Steuerzone hineinzu ziehen. Ein neues Steuergebäude wurde trotz des wüthenden Protestes der Bewohner am Eingange des Dorfs gebaut und heute sollte die neue Steuer in Kraft treten. Da rotteten sich in der Nacht Scharen der Einwohner zusammen, erstiegen den Kirchturm und läuteten die Sturmglocke. Andere warfen sich mit Fackeln auf das verhasste Steuergebäude und zündeten es an. Mit Mühe konnte am Morgen der Brand gelöscht werden. Eine Abtheilung Carabinieri, telegraphisch aus Genua berufen, rückte in das Dorf und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Wird Crispi nicht über Liguria den Belagerungsstand verhängen?

Frankreich.

Die neueste Scandalgeschichte im Pariser Zeitungs-wesen zeigt die Verderbtheit der käuflichen bürgerlichen Presse. Diesmal handelt es sich, wie der „Leipziger Volksztg.“ aus Paris unterm 30. November geschrieben wird, um eine Schweigegeldsache. Die Spielhölle, die trotz des Verbots in Paris massenhaft gedeihen, vom aristokratischen Cercle bis zum Winkelclub, zahlen, um nicht durch Enthüllungen gestört zu werden, Abfindungen an die Presse. Die bekannte Zeitung „XIX. Jahrhundert“ hat nun offenbar zuviel gefordert, es kam zur Anzeige wegen Erpressungen. Der Verleger ist verhaftet worden, der Chefredacteur ist geflohen und heute ist der Geschäftsführer Girard aretirt worden. Man wird einen Strohmann pachten und bestrafen, bis von der Polizei begünstigten Clubs aber fortwährend bestehen lassen. Die vom Ministerpräsidenten Dupuy gestern auf die Interpellation Halbert in Sachen der Erpressungsgeschichte abgegebene Erklärung, daß die Regierung die von der Polizei gefügten geheimen Personalacten über bestimmte Individuen durchaus nicht billige, hat angeblich im Publikum den besten Eindruck gemacht. Die Kammer drückte der Regierung ihr Vertrauen aus. Dabei ist erwiesen, daß die Preßbanditen im Bunde mit der Polizei gearbeitet haben. Nicht billig ist sehr bequem, wenn man die Listen fortbestehen läßt. Und das geschieht, trotzdem die Polizeipräetur von der Regierung abhängt. Die sogenannten Personal-Docters schiebt die Polizei über alle irgendwie bekannten Persönlichkeiten, Politiker, Prostituirte, Lebemannner, Schwindler, Finanziers u. a. m. Ein ganzer Berg von Espionage ist in diesen Acten aufgetaucht die dann zur „amtlichen Information“ dienen. Geimpolizei und Klassenstaat gehören zusammen.

Nach einer telegraphischen Nachricht sind der ehemalige Administrator des Journals „La Paix“ Trocard und Baron Hessler wegen Theilnahme an der Cypressungsangelegenheit Portalis verhaftet worden.

Rumänien.

Unter dem Druck der agrarischen Großwirtschaft befinden sich bekanntlich seit langem die rumänischen Bauern und Landarbeiter in einer furchtbaren Nothlage. Der Bauernstand geht schnell seiner völligen Vernichtung entgegen. Angesichts dieser Thatsache nimmt sich's wie ein schauderhafter Hohn aus, was folgende Mittheilung aus Bukarest besagt:

König Carol hat zur Erinnerung an seine silberne Hochzeit 200,000 Lei zur Gründung eines Hilfsfonds für nothleidende Bauern und landwirtschaftliche Hilfsarbeiter gewidmet, und die Regierung hat diesem Fonds eine beträchtliche Zunahme dadurch gesichert, daß sie ihm aus den Einnahmen und den Zinsenerträgen des in Folge geringer Finanzspruchnahme auf nahezu 5 Millionen angewachsenen Epizootienfonds einen jährlichen Beitrag von 120,000 Lei zuwies. Viele begüterte Privatpersonen haben bereits namhafte Schenkungen für die Bauernstiftung König Carols angezeigt, und man hofft daher, daß die Stiftung bald einen größeren Umfang gewinnen wird.

Offenbar verfolgt man mit dieser Hilfs-Comödie nur den Zweck, die immer unzufriedener werdenden Bauern und Landarbeiter zu beschwichtigen. Wir glauben nicht, daß man diesen Zweck erreichen wird; jedenfalls wird die etwaige Täuschung nicht von langer Dauer sein.

Amerika.

Ueber den Aufstand in Fern laufen nur von Zeit zu Zeit dürftige Nachrichten ein. Wie jetzt über New-York gemeldet wird, haben in Lima die Regierungstruppen die Insurgenten unter Semario geschlagen.

Asien.

Som ostasiatischen Kriegeschauplatz liegen u. A. folgende Meldungen vor:

Paris, 29. November. Die „Magdeburgerische Stg.“ berichtet: Die Regierung erhielt Nachrichten aus Peking, welche auf eine bevorstehende Revolution daselbst und auf den möglichen Sturz der Dynastie schließen lassen. Alle in Peking anässigen Europäer flüchten.

Die „Times“ meldet aus Kobe: Japan scheint entschlossen, den Krieg fortzusetzen, und bereitet den Winterfeldzug vor.

Eine Meldung aus Tschifu behauptet dagegen, die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan seien dem Abschluß nahe. In Folge dessen sei das Sicherheitsgefühl so stark, daß die ausländischen Frauen nach Peking zurückkehrten.

Parteiangelegenheiten.

Das Zeugniß Zwangsverfahren gegen die Redaction des „Vorwärts“ in Sachen der Veröffentlichung zweier geheimer Erlasse des Landraths von Niederbarnim wird weitergeführt. Heute wurden unser ehemaliger Redaktionssecretär Roland und unser Redacteur Braun in dieser Sache vernommen. Roland erklärte eidllich, daß er in keiner Weise von den Umständen, unter denen die Aufnahme der betr. Actenstücke in dem „Vorwärts“ erfolgt sei, Kenntniß habe. Braun verweigerte mit Berufung auf § 54 der St.-Pr.-O. die Aussage, weil er es für nöthig hielt, daß der Landrath von Niederbarnim amtlich bestätige, daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Actenstücke echte seien und wörtlich genau zum Abdruck gebracht worden sind. In dem Falle, daß die Actenstücke nicht vollkommen authentisch seien, könnte Braun sich event. selbst einer Beleidigung des Landraths bezichtigen, was ihn zur Ablehnung der Aussage berechtigen würde. — Der beantragte Richter hat die Gründe der Aussageverweigerung des Genossen Braun zur Kenntniß genommen.

Bei der Fähigkeit des Niederbarnimer Landraths ist zu gewärtigen, daß damit das Verfahren noch nicht bei der Hand ist.

Eingestellt ist das Verfahren, das gegen den Redacteur der „Magdeburger Volksstimme“ Genossen Richter wegen Majestätsbeleidigung schwebt. Diese sollte bekanntlich begangen sein durch den Abdruck eines Artikels, in dem von einem Epizootien des deutschen Kaiserthums die Rede war.

Wegen Beleidigung des Stadtraths von Oera wurde Genosse Breitshneider, Redacteur der „Königsberger Tribüne“, zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel geäußert, in dem gesagt war, daß die Entlassung eines Polizeicommissars niemand verwundert habe, nachdem dieser bei Oera eines hohen kaiserlichen Beamten zur Anzeige gebracht habe. — Wegen eines zweiten Artikels wurde Breitshneider freigesprochen.

Wegen Beleidigung des Buchdruckers-Verbands in Berlin, sowie des Redacteurs von „Meißner Tageblatt“, wurde der frühere Redacteur des „Meißner Volksfreundes“, Genosse Gustav Riem, zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Die Beleidigung soll enthalten sein in einem Artikel, welcher sich mit dem Verhalten des „Meißner Tagebl.“ anlässlich einer ihm zugegangenen Berichtigung beschäftigte.

Von der Agitation. Am vergangenen Sonntag verbreiteten die Kieler Genossen im Landkreise Kiel gegen 5000 Exemplare der Broschüre: „Fort mit der Gefinde-Ordnung.“ Die Genossen fanden überall gute Aufnahme. — Genosse Harm-Elberfeld sprach am 1. ten Sonntag in einer stark besuchten Versammlung in Rügenburg über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Der Erfolg der Versammlung war ein guter. — Ueber die „nächsten Landtagswahlen in Württemberg“ sprach der Genosse Agster aus Stuttgart in zahlreichen Orten des Königreichs; so am letzten Sonntag in Eningen. Auch der Genosse Leichardt macht gegenwärtig eine Agitationsreise durch's Land.

Bei den Stadtrathswahlen in Ronsdorf (Rheinprovinz) erhielten die Candidaten der Socialdemokratie 171 bzw. 169 Stimmen, die Oeyencandidaten brachten es auf 98, 85 und 80 Stimmen. Es findet Stichwahl statt.

Für die Parteigenossen des Regierungsbezirks Magdeburg soll am 2. Weihnachtsfeiertag in Magdeburg eine allgemeine Parteiversammlung stattfinden. In derselben sollen die Reichstagscandidaten für die einzelnen Kreise aufgestellt und die Vertrauensmänner gewählt werden.

Angewiesen wurde aus dem Kreise Teltow der in Steglitz wohnhafte Tischler Karl Knüppel.

Arbeiterbewegung.

Eine Buchdrucker-Versammlung in Kiel beschäftigte sich mit der von der Principalität geplanten Einführung der Zwangs-Hilfsklassen. In einer Resolution sprach die Versammlung ihren Protest aus gegen das Vorgehen der Principale; sie wählte eine Commission, die mit den Principalen von Kiel in Unterhandlung treten soll.

Der Streik der Fertigarbeiter in Malaga. Die Adresse für Sendungen, die für Streikende bestimmt sind, ist: Antonio Garcia Quejido, rua Saburni 3. 1. O. Barcelona, Spanien.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher. In der am 27. November stattgefundenen Vorstandswahl der „Orts-Krankenkasse der Schuhmacher zu Berlin“ siegte die Liste der organisirten Schuhmacher in Berlin gegen die Liste des alten Vorstandes.

Teischen (Böhmen). In der Steinnußknopf-fabrik der Firma Dirklage u. Franze sind zwischen den Polirern und den Herren Lohn Differenzen ausgebrochen. Wir geben den Genossen allerwärts bekannt, daß die Löhne bei dieser Arbeit die denkbar schlechtesten sind und die leitenden Personen dieser Fabrik rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgehen. Es wird ersucht, Zuzug streng fernzuhalten.

Wien. Die Firma Beer, Drad und Comp., 1. Rudolfsplatz, Regenschirmfabrik, entließ im October l. J. alle ihre Arbeiter und Arbeiterinnen, weil dieselben nicht, wie die neue Fabrikordnung dies ankündigte, eine eifständige, sondern die in allen Fabriken dieser Branchen übliche zehnstündige Arbeitszeit einzuhalten gedachten. Nach Verlauf von sechs Tagen wollte die Firma ihr früheres Personal unter den alten Bedingungen, das heißt unter Einhaltung der eifständigen Arbeitszeit, wieder aufnehmen. Es gelang ihr dieses Dank dem einmüthigen Zusammenhalten der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht und sie sah sich daher gezwungen, nachzugeben. Möge dieser Erfolg, welchen wir trotz der „toten Saison“ zu verzeichnen haben, alle unsere Fachcollegen und Kolleginnen anzuregen, ebenso sich um ihre Interessen zu kümmern und sich festsam vereinigen.

Die freitenden Bremer Hafenarbeiter hielten am Sonntagabend eine Versammlung ab, in welcher nach eingehender Berathung gegen sechs Stimmen beschlossen wurde, den Streik weiterzuführen. Die Arbeit bei Schiffsbau soll nicht eher wieder aufgenommen werden, bis er den Forderungen der Ausständigen nachgegeben ist, bis er vor Allem erst diejenigen in Arbeit nimmt, die dem Verein der Hafenarbeiter angehören. Im Auslande sind jetzt noch 70 Mann, einige sind abgereist, der größere Theil hat anderweitig Beschäftigung gefunden. Die Stimmung der Streikenden ist noch die denkbar günstigste, so daß auf einen Sieg zu hoffen ist.

Soziale Uebersicht.

An die Tabakarbeiter Deutschlands! Kollegen und Kolleginnen! Noch wenige Tage und der Reichstag tritt zusammen; die Mehrbelastung des deutschen Volkes wird durch entsprechende Vorlagen der Reichsregierung jedem Arbeiter klar vor Augen geführt. — Jeder Arbeiter ist daher verpflichtet, dieses Vorgehen der Regierung zu bekämpfen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Kosten der von diesem Reichstage bewilligten Militärvorlage auf wirklich tragfähige Schultern gelegt werden und nicht auf die Schultern der Armen; nicht durch Vermehrung und Erhöhung der indirecten Steuern.

Wenn es nun Pflicht jedes Arbeiters ist, dieses System der indirecten Steuern zu bekämpfen, umso mehr ist es heilige Pflicht eines jeden Tabakarbeiters, einer jeden Tabakarbeiterin, sich mit allen Kräften zur Wehr zu setzen gegen die in Aussicht stehende Mehrbelastung des deutschen Volkes, denn der Schwerpunkt der ganzen Steuervorlagen, das Rückgrat derselben, wird die Tabak-Fabriksteuer, diese ins Ungemessene ausgedehnte Erhöhung der jetzt schon so hohen Belastung des Tabaks, bilden. Kollegen und Kolleginnen! Wir brauchen Euch wohl nicht weiter ausführen, welche Folgen die Annahme dieses Regierungsprojectes für die ganze Tabakindustrie zeitigen würde, Euch nicht zu schildern, wie Eure Lage nach Annahme dieses Entwurfs werden würde, wie Ihr zu Zehntausenden auf die Landstraße gesetzt und der großen colossalen Reserve-Armee zugeführt würdet, die jetzt schon die Landstraße sowie die Arbeitsnachweiskstellen der Städte, sowie deren Wärme- und Wartehallen bevölkert. Wir brauchen Euch nicht zu schildern, wie dieses Gespenst der Arbeitslosigkeit einen jeden von Euch bedroht, ob jung oder alt, ob gesund oder zu den ungezählten Tausenden von Krüppeln zugehörig, welche in unserer Industrie Aufnahme und bis jetzt auch ihr kümmerliches Brot gefunden. Nein, dieses Alles habt Ihr schon seit Jahren gewußt. Der Zweck dieses Aufrufs ist: Euch nochmals und abermals aufzufordern, noch in letzter Stunde an die Vertreter Eurer Wahlkreise im deutschen Reichstage heranzutreten, ihnen noch einmal vorzuführen, welche Verantwortung sie auf ihre Schultern laden würden, wenn die unermeßliche Unheil die Folge sein würde, wenn die projectirte Tabak-Fabriksteuer durch ihr Verhalten als Gesetz proclamirt und die Tabakindustrie ihr Todtenlied anstimmen müßte, Tausende sich mühselig schon jetzt durch's Leben schleppende Tabakarbeiter dem Elende, dem Hunger preis gegeben würden. Ferner habt Ihr diesen Herren vorzuführen, daß die Vernichtung der Tabakindustrie, die Brotlosigkeit von Zehntausenden, die Schwämmerung des Verdienstes von Hunderttausend und mehr Arbeiter einen ganz gewaltigen Rückschlag auf alle anderen Industrien ausüben muß und sich in Schwämmerung des Verdienstes der übrigen Arbeiter, als einen Rückgang der gesamten Erwerbs-Verhältnisse, als einen tranken Zustand im gesammten Volksleben darstellen wird. Hier ist auch die Stelle, wo jeder Arbeiter ohne Unterschied des Berufs einzufreten verpflichtet ist. Gift es doch vor allem, sich gegen eine Verschlechterung der Gesamtlage der Arbeiter zur Wehr zu setzen und da muß auch jeder am Platze sein. Arbeiter Deutschlands! Steht fest zusammen, nicht die Interessen der Tabakarbeiter allein, nein, auch Euer eigenes, Euer heiligstes Interesse steht auf dem Spiele! Helft uns, damit auch Euch geholfen werde; denn bei den stetig steigenden Kosten für den Militarismus wird der Ertrag der Tabak-Fabriksteuer nicht auf die Dauer genügen, und die Regierung wird noch weitere Zweige der Industrie mit Steuern belasten müssen, um dem Moloch Militarismus Genüge leisten zu können. Der Appetit wächst bekanntlich mit dem Essen, und früher oder später würde noch manche andere Industrie dem Moloch tributpflichtig werden. Deshalb hat jeder Arbeiter voll und ganz seine Schuldbigkeit zu thun; die Tabakarbeiter haben deshalb in allen Versammlungen ihrer Orte die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß es auch in ihrem eigensten Interesse liegt, wenn sie mit uns gemeinsam gegen die drohende Mehrbelastung des deutschen Volkes Front machen.

Collegen Deutschlands! Thut Eure Schuldbigkeit! Die Commission der Tabakarbeiter Berlins.

Zünftlerisches aus Arztkreisen. Die Treuenbrückener Ärzte veröffentlichten Folgendes: „Seit dem Sommer dieses Jahres hat sich hier eine „praktische Vertreterin der Naturheilkunde“ niedergelassen. Wir erklären hiermit, daß wir denjenigen Familien, in denen diese Frau „behandelt“, unsere Hilfe verweigern.“ In diesem Falle sind die betreffenden Familien erst recht darauf angewiesen, sich mit der Naturheilkunde zu begnügen.

Ein Congreß für Unfallverhütung bei gewerblichen Arbeiten findet am 2., 3. und 4. Februar in Mailand statt. Das vorbereitende Comité theilt uns mit, daß Vertreter von Arbeiterämtern und Organisationen von Lohnarbeitern aller Art zu den Verhandlungen zugelassen werden, gegen Zahlung von 2,50 L. zur Deckung der Druckkosten und Speise aller Art. Die Tagesordnung des Congresses lautet:

- 1. Welche Maßregeln sind zu ergreifen, um den Arbeiter vor Unfällen zu schützen;
2. Woburd kann die strengste Anwendung des Gesetzes über den obligatorischen Unterricht herbeigeführt werden;
3. Maßregeln zur strengen Durchführung des Gesetzes über die Kinderarbeit;
4. Gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Frauenarbeit.

Anmeldungen zur Theilnahme an den Verhandlungen sind bis zum 25. December ds. Jrs. an die Camera del Lavoro in Mailand zu richten. Fahrpreismäßigung wird voraussichtlich von den italienischen Eisenbahnen zugelassen werden.

Ein recht vernünftiges Wort über das Armenwesen hat in St. Gallen der katholisch-conservative Gemeinde-Ammann Sutter, Mitglied der staatswirtschaftl.

